

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
19.08.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
**Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /
Ratsbüro**
Schriftführung
Désirée Hahn
Telefon-Nr.
02202 142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Donnerstag, 11.07.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18.27 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.05.2013 - öffentlicher Teil -
0285/2013**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters; hier: Haushaltsentwicklung 2013
0356/2013**

4.2 Mündliche Mitteilungen

- 5 Jahresabschluss 2012 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
0236/2013
- 6 Jahresabschluss 2011 der GL Service gGmbH**
0260/2013
- 7 Neubesetzung der Stellvertretung des Bürgermeisters als Gesellschaftervertreter in der GL Service gGmbH/ Weisungspflichtiger Geschäftsvorfall**
0259/2013
- 8 Marktsatzung für die Stadt Bergisch Gladbach**
0085/2013/1
- 9 VI. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0224/2013
- 10 Aktionsplan Inklusion (Zweite Lesung)**
0253/2013
- 11 Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**
0262/2013
- 12 Ergebnisse der Bürgerbefragungen im Bürgerbüro und Standesamt**
0347/2013
- 13 Netzwerk Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland**
0288/2013
- 14 Richtlinien Benennung Straßen, Wege und Plätze**
0308/2013
- 15 Streichung von Straßenbezeichnungen und dazu gehörigen Straßenschlüsseln**
0336/2013
- 16 Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 6197 - Am Eichenkamp**
0282/2013
- 17 Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 5434 - Landschaftsverband**
0283/2013
- 18 Anträge der Fraktionen**
- 19 Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.05.2013 - nicht öffentlicher Teil -**
0343/2013
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Übersicht über getätigte Kreditgeschäfte im Zeitraum 12.04.2013 bis 18.06.2013**
0349/2013
- 5 Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der GL Service gGmbH**
0354/2013
- 6 Förderung von Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau hier: Zustimmung zur Übertragung verschiedener Darlehen der Mimir Grundstücks GmbH & Co.KG auf die Zebra Immobilien-GbR und die Oikos Immobilien-GbR**
0327/2013
- 7 Anhebung einer Stelle**
0355/2013
- 8 Beförderung eines Beamten**
0358/2013
- 9 Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**
0353/2013
- 10 Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen**
0351/2013
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17.00 Uhr die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der 8. Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung sind Frau Münzer (CDU), Herr Nagelschmidt (CDU), Herr Kleine (SPD), Herr Dr. Baeumle-Courth (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Lang (DIE LINKE./ BfBB) entschuldigt. Frau Münzer wird durch Herrn Maas, Herr Nagelschmidt durch Herrn Buchen, Herr Kleine durch Herrn Dresbach, Herr Dr. Baeumle-Courth durch Frau Schundau und Herr Lang durch Herrn Santillán vertreten. Herr Gerhards ist ab 17.01 Uhr und Herr Haasbach ab 17.04 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung ist Herr Widdenhöfer entschuldigt, der durch Herrn Wolf und Frau Unrau vertreten wird.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 25.06.2013 mit der Anlage zur Tagesordnung, den dazugehörigen Vorlagen sowie
- das Beratungsergebnis des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr aus der Sitzung am 09.07.2013 zu Tagesordnungspunkt A 9 der heutigen Sitzung und des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport aus der Sitzung am 02.07.2013 zu Tagesordnungspunkt A 10 der heutigen Sitzung als Tischvorlage.

Herr Urbach schlägt vor, Tagesordnungspunkt B 5 – Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der GL Service gGmbH – von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Nach Sichtung verschiedener Angebote sei nun ersichtlich, dass das günstigste Angebot über einen Kredit der KfW-Bank zu bekommen sei, der keine städtische Bürgschaft erfordere, sondern für den die dingliche Sicherung ausreichend sei. Insofern sei es aus Sicht der Gesellschaft noch nicht notwendig, einen Grundsatzbeschluss für eine Bürgschaft zu treffen. Sollte sich in den weiteren Verhandlungen mit der Bank herausstellen, dass gegebenenfalls doch noch eine Bürgschaft erforderlich werde, so könnte dies auch im Rahmen des nächsten Sitzungsturnus, dann mit einem konkreten Bankangebot, erfolgen. Bei der Aufstellung der Tagesordnung der Sitzung des Rates am 18.07.2013 sei die Vorlage demgemäß nicht berücksichtigt.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Tagesordnungspunkt B 5 – Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der GL Service gGmbH – wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.05.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.05.2013 - öffentlicher Teil -
0285/2013

Herr Ziffus führt zu Tagesordnungspunkt A 6 der vergangenen Sitzung – Mehrkosten für die Einrichtung von 20 Kindergartenplätzen in Schildgen – aus, dass die katholische Kirche sich nicht zur Übernahme bereit erklärt habe. Er fragt, wie der Sachstand sich entwickle.

Herr Mumdey antwortet, dass nun abgewartet werde, ob sich nicht doch noch eine Situation ergebe, in der eine Einigung getroffen werden könne. Ein weiteres Entgegenkommen der Stadt sei nicht möglich, da dann die Gefahr bestünde, dass andere Einrichtungen nicht mehr mit den zurzeit gezahlten Geldern zufrieden seien. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses würde über weitere Entwicklungen berichtet.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1. Mitteilungen des Bürgermeisters; hier: Haushaltsentwicklung 2013
0356/2013

Herr Dr. Fischer fragt, warum die Schlüsselzuweisungen rund 3 Mio. € niedriger ausfielen, als eingeplant.

Herr Mumdey antwortet, dass aufgrund des Doppelhaushaltes 2012/2013 der Bescheid, der nach Aufstellung des Doppelhaushaltes eingegangen sei, nicht berücksichtigt werden konnte. Die Korrektur resultiere aus dem nun vorliegenden Bescheid für das Jahr 2013. Systematisch hänge die Verringerung der Schlüsselzuweisungen auch mit dem Anstieg der Gewerbesteuererträge zusammen, da diese zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen herangezogen werden.

Herr Urbach ergänzt, dass der Minderertrag vor allem aus der Stärkung des Soziallastenansatzes bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen resultiere. Dadurch würden Ballungsräume und Großstädte bevorteilt und der ländliche Raum benachteiligt.

Herr Ziffus merkt an, dass die Entwicklungen für das dritte und vierte Quartal 2013 noch nicht bekannt seien. Das strukturelle Defizit belaufe sich auf ca. 12,7 Mio. €. Er fragt, ob es bereits eine Gesamtprognose für das Jahr 2013 gebe.

Herr Mumdey antwortet, dass eine Prognose schwierig sei. Ziehe man die Entwicklungen aus dem Jahre 2012 heran, könnte eventuell ein struktureller Ausgleich erreicht werden. Liquide Mittel seien der Stadt bekannt, allerdings seien kalkulatorische Positionen ungewiss, Sonderposten seien noch nicht aufgelöst.

Herr Urbach ergänzt, dass die Gewerbesteuererträge im Jahresverlauf meist ansteigen. Allerdings führe dies zu höheren Umlagen, wodurch dann erst berechnet werden könnte, welche Nettosumme übrig bliebe.

Herr Ziffus ergänzt, dass es wünschenswert sei, die Abschreibungsgrenze zu unterschreiten.

Herr Urbach stimmt dem zu, da somit Kassenkredite abgebaut werden könnten.

Herr Dr. Fischer fragt, inwiefern die Stadt die Maßgaben des HSK erfülle.

Herr Urbach antwortet, dass diese erfüllt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.2. Mündliche Mitteilungen

Mitteilung zur Berichterstattung über eine Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes

Bezug nehmend auf die Berichterstattung der Presse zu Planungen zur Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes führt Herr Urbach aus, dass es keine konkreten Planungen hierzu gebe. Es sei auch kein Förderantrag bei der Bezirksregierung eingereicht worden. Im Rahmen von Gesprächen sei gefragt worden, ob ein solches Projekt grundsätzlich förderfähig sei. Hier sei eine positive Rückmeldung erfolgt. Es sei jedoch weder ein städtischer Eigenanteil in der Finanzplanung vorgesehen, noch sei diesbezüglich eine Berücksichtigung bei der Fortschreibung des Investitionsplans erfolgt. Ohne entsprechende Beschlüsse aus der Politik würde eine Neugestaltung nicht erfolgen. Heute erfolgte eine Richtigstellung seitens der Pressestelle der Bezirksregierung gegenüber der Presse.

Mitteilung zum Modellprojekt „Großtagespflege“

Herr Mumdey teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 18.07.2013 über das Modellprojekt „Großtagespflege“ entscheiden werde. Es sei geprüft worden, ob der Haupt- und Finanzausschuss in die Entscheidung einbezogen werden müsste. Dessen Zuständigkeit sei jedoch nicht berührt. Bei dem Modellprojekt handele es sich lediglich um ein einzelnes Projekt für die Betreuung von Kleinkindern. Der Nettoaufwand für den Zeitraum 01.09.2013 bis 31.12.2013 liege bei 13.164,00 €. Im Verhältnis zum Gesamthaushalt und dem Budget des Fachbereichs 5 sei diese Summe sehr gering. Er zeige sich zuversichtlich, dass der Aufwand für das Modellprojekt aus den Mitteln des Fachbereichs 5 gedeckt werden könne. Sollten die Mittel nicht ausreichen, könne er die Differenz aus den Mitteln des Belastungsausgleichsgesetzes decken. Sollten weitere Projekte dieser Art geplant werden, werde eine grundsätzliche Entscheidung notwendig. Dafür würden die Haushaltsberatungen genutzt.

Herr Ziffus führt aus, dass der Kämmerer die Möglichkeit habe, auf Mittel zuzugreifen, um sie zur Deckung anderer Positionen zu nutzen. Der Rat habe in seiner Sitzung am 14.05.2013 beschlossen, Mittel, die für die Kanaldichtheitsprüfung vorgesehen waren, zu sperren und zur Deckung von Positionen bei der „Regionale“ zu nutzen. Dies habe er kritisiert. Nun sei am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium die Turnhalle überschwemmt worden, da ein Abflussrohr durch Wurzelwerk verschlossen gewesen sei. Eine ähnliche Situation zeige sich an der Realschule Ahornweg. Der Schaden betrage mehrere Tausend Euro und hätte durch eine Kontrolle abgewendet werden können. Er regt an, die Mittel wieder freizugeben und die Kanäle an städtischen Schulen zu überprüfen.

Herr Buchen führt aus, dass das Modellprojekt „Großtagespflege“ auf zwei Jahre angelegt sei und bis ins Jahr 2015 reiche. Er fragt, ob auch dann die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses nicht berührt sei, da die Gesamtsumme höher als 13.164,00 € sei.

Herr Urbach antwortet, dass das Modellprojekt Gegenstand der Haushaltsberatungen ab Oktober 2013 sein werde.

5. Jahresabschluss 2012 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH 0236/2013

Herr Waldschmidt erläutert, dass vor einigen Jahren gegen die Stimmen der SPD das Modell beschlossen worden sei, durch die Erträge aus den Bäderfonds Defizite der Bäder GmbH auszugleichen. Der Jahresabschluss der Bädergesellschaft zeige jedes Jahr erneut, dass dieses Modell nicht funktioniere. Die Wirtschaftsprüfer prognostizieren für den Fall, dass die jährlichen

Fonds ausschüttungen, ebenso wie im Geschäftsjahr 2012, die Unterdeckung des Bäderbetriebes nicht ausgleichen, größere Verluste und Liquiditätsengpässe. Ein Ausgleich könne durch Verkäufe von Fondsanteilen unter Inkaufnahme von Substanzverlusten erzielt werden. Sollte im Rahmen der Beratungen zur zukünftigen Energieversorgung keine Lösung gefunden werden, so müsse spätestens bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 die Bäderfinanzierung zur Diskussion gestellt werden. Das jetzige Modell führe zu Substanzverlusten und er frage die CDU, welches Schwimmbad in Zukunft geschlossen werden solle.

Herr Urbach antwortet, dass diese Thematik in den Haushaltsberatungen diskutiert werden könne.

Herr Schütz teilt mit, dass sich KIDinitiative und Freie Wähler enthalten werden. Sie schließen sich den Ausführungen Herrn Waldschmidts an. Der Substanzverlust und die derzeitige Subventionierung seien kein langfristig tragbares Konzept.

Herr Mömkes stimmt zu, dass ein regelmäßiger Substanzverlust vorliege. Allerdings sei das Betreiben öffentlicher Bäder immer zu subventionieren. Die Effizienz der Bädergesellschaft sei daran zu erkennen, dass die Subventionierung der Bäder deutlich geringer ausfalle als in anderen Kommunen.

Herr Kamp regt an, den ehemaligen Geschäftsführer des Mediterana zu Beratungen hinzuzuziehen, um die Bädergesellschaft zukunftssicher zu gestalten.

Herr Urbach erwidert, dass städtische Bäder und das Mediterana nicht miteinander verglichen werden können. Betrachte man die Eintrittspreise, werde deutlich, woraus die wirtschaftlichen Unterschiede resultieren. Der Schwimmbadbesuch solle für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich bleiben.

Herr Kamp erwidert, dass eine Beratung nicht schaden könne und neue Ideen nicht zwingend zu Preissteigerungen führen.

Herr Hoffstadt lehnt die Idee Herrn Kamps ab.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB und bei einer Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

- 1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss und den Lagenbericht 2012 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von 871.868,90 € aus der Gewinnrücklage abzudecken**
- 2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und**
- 3. für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2013 die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.**

6. Jahresabschluss 2011 der GL Service gGmbH

0260/2013

Herr Hoffstadt führt aus, dass der vorgelegte Bericht keine konkreten Anhaltspunkte für eine Neuausrichtung der Gesellschaft beinhalte. Er fragt nach dem Sachstand der Entwicklung der „Zukunftswerkstatt“ und des Betreiberkonzeptes für die Radstation, welches in der Mailsitzung der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH präsentiert werden sollte. Die Darstellung der Neuausrichtungen der GL Service gGmbH in der Vorlage entspreche noch nicht der Vorstellung der SPD.

Herr Rockenberg antwortet, dass die „Zukunftswerkstatt“ der GL Service gGmbH Ende August an einem Freitagnachmittag stattfinden werde.

Herr Urbach ergänzt, dass es zu dem Betreiberkonzept der Radstation keinen neuen Sachstand gebe. Am Ende der nächsten Woche finde ein Gespräch mit der Bezirksregierung statt.

Herr Kamp führt aus, dass der Lagebericht unter „Chancen“ das Geschäftsfeld „Ambulante Hilfen zur Erziehung“ aufführe. Er fragt, ob dies nicht eine Pflichtaufgabe des Jugendamtes sei und ob diese Kompetenzverschiebung zulässig sei. Zudem fragt er, ob hierdurch höhere Kosten entstünden oder Kosten eingespart würden.

Herr Mumdey antwortet, dass das Jugendamt nicht alle Pflichtaufgaben durch eigene Mitarbeiter erfülle. Es beauftrage freie Träger und andere zur Aufgabenerfüllung. Dies erfolge auch im Bereich „Ambulante Hilfen zur Erziehung“. Vor diesem Hintergrund solle auch die GL Service gGmbH beauftragt werden.

Frau Lehnert fragt, warum die Vorlage unter „finanzielle Auswirkungen“ bei der Ergebnisrechnung den Jahresfehlbetrag von 41.283,53 € nicht aufweise und warum auch die übrigen Werte nicht aufgeführt seien. Ebenfalls fehle die Prognose für die Folgejahre. Sie erwarte auch für die Jahresabschlüsse bis 2013 Defizite. Eine Besserung könne nur durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder erreicht werden.

Herr Urbach antwortet, dass auch für den Jahresabschluss 2012 mit ähnlichen Defiziten zu rechnen sei, da in diesem Jahr nicht auf den starken Rückgang des Geschäftsfeldes „Arbeitsgelegenheiten“ reagiert werden konnte. In 2013 sei eine Verbesserung zu erwarten, da bereits das Geschäftsfeld der sozialpädagogischen Familienhilfe erschlossen worden sei.

Herr Hoffstadt fragt, wer als Teilnehmer zu der „Zukunftswerkstatt“ der GL Service gGmbH eingeladen werde.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Kamp bittet darum, dass alle Ratsfraktionen, also auch die, die nicht in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH vertreten seien, an der „Zukunftswerkstatt“ teilnehmen können, da diese Ergebnisse für alle Fraktionen von Bedeutung seien.

Herr Gerhards erklärt, dass ihm die Zielsetzung der „Zukunftswerkstatt“ nicht gänzlich bekannt sei. Grundsätzlich sei die Idee, neue, ertragsreiche Geschäftsfelder zu erschließen. Dafür sei es auch notwendig, dass Personen verschiedener Bereiche und mit Kenntnissen über den Bezug entsprechender Fördergelder eingeladen werden. Es spreche nichts dagegen, alle Ratsfraktionen über die Ergebnisse der „Zukunftswerkstatt“ zu unterrichten.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2011 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 15.05.2013 fest und entlastete die Geschäftsführer Stephan Dekker und Bruno Hastrich für das Geschäftsjahr 2011. Die Beschlüsse erfolgten vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. In der Bilanz zum 31.12.2011 werden Aktiva und Passiva mit 667.246,44 € und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2011 mit 41.283,53 € festgestellt.
2. Der Lagebericht 2011 wird festgestellt.
3. Der Bilanzverlust 2011 wird in Höhe von 21.632,16 € auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Die Geschäftsführer Stephan Dekker und Bruno Hastrich (zum 31.08.2011 als Geschäftsführer der Gesellschaft ausgeschieden) werden für das Geschäftsjahr 2011 entlastet.

7. Neubesetzung der Stellvertretung des Bürgermeisters als Gesellschaftervertreter in der GL Service gGmbH/ Weisungspflichtiger Geschäftsvorfall
0259/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Stellvertretung des Bürgermeisters Herrn Lutz Urbach in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH soll wie folgt neu geregelt werden:

- Herr Bruno Hastrich wird als Stellvertreter des Bürgermeisters in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH nach § 113 Abs. 1 S. 3 GO NRW abberufen.
- Zur neuen Stellvertreterin des Bürgermeisters in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH wird nach § 63 Abs. 2 i.V.m. § 113 Abs. 2 GO NRW Frau Beate Schlich gewählt.

8. Marktsatzung für die Stadt Bergisch Gladbach
0085/2013/1

Herr Urbach führt aus, dass die Beratung der Marktsatzung und der Marktstandgebührensatzung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 28.02.2013 vertagt wurden. Nun schlägt er vor, die vorliegende Marktsatzung zu beraten und in der Sitzung des Rates am 18.07.2013 zu beschließen. Die Beratung und Beschlussfassung der Marktstandgebührensatzung sei für einen späteren Sitzungsturnus vorgesehen.

Herr Waldschmidt schlägt vor, in § 5 Abs. 3 S. 2 der Marktsatzung das Wort „möglichst“ zu streichen. Stolpergefahren sollten nicht nur möglichst ausgeschlossen, sondern ausgeschlossen werden. Die Verkehrssicherheit erfordere diesen Ausschluss.

Frau Unrau antwortet, dass die Formulierung bewusst gewählt sei. Bei Wochenmärkten sei eine umfassende Absicherung nicht möglich. Es sei unverhältnismäßig, bei einer halbtägigen

Veranstaltung jedes Kabel abzudecken. Zudem gebe es Rechtsprechung, die auch dem Marktbesucher die Pflicht zuspricht, auf Hindernisse zu achten.

Herr Urbach fragt, ob es sich bei der Marktsatzung um eine Mustersatzung handele.

Frau Unrau antwortet, dass Marktsatzungen in anderen Städten ähnlich formuliert seien.

Frau Schundau regt an, die Marktzeiten dahingehend zu erweitern, dass auch ein Nachmittagsmarkt möglich werde, damit jeder Bürger die Möglichkeit habe, den Markt zu besuchen. Dies bieten andere Kommunen ebenfalls an. § 12 der Marktssatzung setze die Verkaufszeit von 7.00 bis 13.00 Uhr fest.

Frau Unrau antwortet, dass auch diese Formulierung bewusst so konkret gefasst wurde, damit es einheitliche Marktzeiten für alle Beschicker gebe. Die Möglichkeit der Ausweitung der Marktzeiten bis in den Nachmittag räume § 9 der Satzung ein. Hiernach könne die Marktaufsicht Ausnahmen von den Bestimmungen der Marktsatzung zulassen. Eine Abfrage bei den Marktbeschickern habe aber zu dem Ergebnis geführt, dass sie nicht bereit seien, nachmittags zu verkaufen.

Frau Schundau erwidert, dass dies in anderen Kommunen möglich sei und auch konkret in der Neufassung der Marktsatzung normiert werden solle.

Herr Urbach erwidert, dass ein Markt am Nachmittag über die Ausnahmeregelung möglich sei.

Herr Mömkes befürwortet den Vorschlag Frau Schundaus. In Bonn finde jeden Tag ein ganztägiger Markt statt. Es sei denkbar, dass der Markt in regelmäßigen Abständen, beispielsweise alle vier bis sechs Wochen, auch nachmittags stattfinde. Er bittet Frau Unrau, die Thematik mit den Marktbeschickern zu besprechen.

Herr Urbach sagt dies zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Marktsatzung für die Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

9. **VI. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0224/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die VI. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

10. **Aktionsplan Inklusion (Zweite Lesung)**
0253/2013

Herr Urbach erläutert, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport dem Rat empfohlen habe, den Aktionsplan mit folgender Änderung zu beschließen:

Kapitel 5, Abs. 2, letzter Satz des Aktionsplans Inklusion erhält folgende Fassung: „Zusätzlich sind Umsetzungen von Maßnahmen, die das Handlungsfeld „schulische, außerschulische und berufliche Bildung“ betreffen, vorher mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS) abzustimmen.“

Herr Kamp führt aus, dass die Eltern von Kindern mit Behinderung ab dem kommenden Schuljahr einen Anspruch auf die Unterrichtung ihrer Kinder an einer Regelschule haben. Er fragt, ob es bereits ausgewertete Daten gebe, wie viele Eltern von diesem Recht Gebrauch machen werden.

Herr Mumdey verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage bis zur Ratssitzung am 18.07.2013.

Herr Urbach ergänzt, dass die Daten über die Anmeldezahlen abgefragt werden können. Er stellt die modifizierte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB, dem Rat folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** zu geben:

- 1. Der Rat beschließt den Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach und beauftragt die Verwaltung, den Aktionsplan umzusetzen. Vorrangig sollen zunächst die Ziele mit hoher danach die mit mittlerer Priorität umgesetzt werden.
Kapitel 5, 2. Absatz, letzter Satz des Aktionsplans Inklusion erhält folgende Fassung: „Zusätzlich sind Umsetzungen von Maßnahmen, die das Handlungsfeld „schulische, außerschulische und berufliche Bildung“ betreffen, vorher mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS) abzustimmen.“**
- 2. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 soll eine Entscheidung über die finanzielle Ausstattung zur Umsetzung des Aktionsplanes getroffen werden.**

**11. Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW
0262/2013**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der der Vorlage beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

**12. Ergebnisse der Bürgerbefragungen im Bürgerbüro und Standesamt
0347/2013**

Herr Urbach teilt mit, dass im September 2012 im Bürgerbüro und in der Zeit von September bis November 2012 im Standesamt in Zusammenarbeit mit dem Institut Hommerich Forschung eine Bürgerbefragung durchgeführt worden sei. Inhalt der Befragung sei die Bewertung zentraler Aspekte des Service sowie der räumlichen Ausstattung beider Bereiche gewesen.

Insgesamt könne erfreulicher Weise eine sehr hohe Zufriedenheit der Befragten festgestellt werden. Einige konstruktive Verbesserungsvorschläge seien ebenfalls unterbreitet worden. Die Verwaltung habe bereits eine Anregung aufgegriffen. Zum Ende der Sommerferien solle ein Flachbildfernseher im Bürgerbüro installiert werden, auf dem das Programm eines Nachrichtensenders übertragen werde, um die gefühlten Wartezeiten der Kunden zu verkürzen. Für die Kinder sei geplant, zwei Wimmelbilder (Suchbilder) aufzuhängen.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. Netzwerk Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland

0288/2013

Frau Schundau führt aus, dass im Rahmen der Teilnahme an dem Netzwerk geplant sei, das „Driescher Kreuz“ für Fußgänger und Radfahrer sicherer zu gestalten. Sie regt an, dass dies auf den Bereich „untere Hauptstraße“ und „Tannenbergstraße“ ausgeweitet werde.

Herr Urbach nimmt die Anregung auf.

Herr Ziffus merkt an, dass zur Befolgung von Verkehrsregeln Gegebenheiten geschaffen werden müssten, die dies auch ermöglichen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler folgenden **Beschluss**:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die kostenfreie Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am Netzwerk „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland“.

14. Richtlinien Benennung Straßen, Wege und Plätze

0308/2013

Herr Urbach führt aus, dass der Ältestenrat in seiner Sitzung am 15.04.2013 Einvernehmen erzielt habe, den der Vorlage als Anlage beiliegenden Richtlinienentwurf dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Richtlinien sollen einheitliche Grundlage sowohl für die Verwaltung bei der Formulierung ihrer Vorschläge zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen, als auch für die politischen Gremien bei ihrer Entscheidungsfindung sein.

Frau Schundau weist darauf hin, dass es eine Richtlinie gegeben habe, wonach bei der Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen nach Personen, Frauen besonders berücksichtigt werden sollten. Dies sei in den vorliegenden Richtlinien nicht berücksichtigt.

Herr Urbach erwidert, dass es hierüber keine Richtlinie gegeben habe. Dies sei der erklärte Wille des Ältestenrates gewesen, den er auch zukünftig berücksichtigen werde.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die „Richtlinien zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen“ werden beschlossen.

15. Streichung von Straßenbezeichnungen und dazu gehörigen Straßenschlüsseln

0336/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die folgenden Straßenbezeichnungen und dazu gehörigen Straßenschlüssel werden gestrichen:

Grube Blücher - Straßenschlüssel 1953 -
Röttgen - Straßenschlüssel 2524 -

16. Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 6197 - Am Eichenkamp
0282/2013

Herr Mömkes führt aus, dass die CDU den Verwaltungsvorschlag „Am Frankenforstbach“ unpassend finde. **Er beantragt, dass die Erschließungsstraße die Bezeichnung „Pfarrer-Hawig-Straße“ erhalte.** Pfarrer Hawig stünde auch auf der Namensvorschlagsliste für Straßenbezeichnungen. Er sei der erste Pfarrer in dieser Region gewesen, ihm sei der Bau der Kirche und des Pfarrzentrums St. Elisabeth zu verdanken. Zudem habe er zugezogene junge Familien Anfang der 60er Jahre sehr gut betreut und vielen Bürgern sei er noch in positiver Erinnerung.

Auch Herr Kamp hält den Verwaltungsvorschlag für unpassend. Die Namensvorschlagsliste für Straßenbezeichnungen halte Benennungsvorschläge bereit.

Herr Hoffstadt teilt mit, dass die SPD dem Vorschlag der CDU zustimmen werde. Es sei jedoch wünschenswert, dass Änderungsanträge von Fraktionen bezüglich Namensvorschlägen zukünftig frühzeitig kommuniziert würden, damit alle Fraktionen die Möglichkeit hätten, darüber zu beraten.

Herr Ziffus lehnt es ab, dem Änderungsantrag der CDU ohne weiteres Verfahren zu folgen. Es widerspräche dem Grundsatz, zukünftig Straßen vorrangig nach weiblichen Personen zu benennen. Der Verwaltungsvorschlag „Am Frankenforstbach“ sei gut.

Herr Schütz zeigt sich erstaunt darüber, dass soeben Richtlinien zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen beschlossen wurden und nun nicht beachtet würden. Er stelle die Vorbildfunktion Pfarrer Hawigs nicht in Frage, rege aber an, das übliche Verfahren durchzuführen. **Er beantragt die Vertagung der Vorlage.** Zunächst solle das Stadtarchiv den Namensvorschlag bewerten. Er fragt, warum bei Benennungsvorschlägen für Straßen nie die Vorschlagsliste berücksichtigt werde und die Verwaltung immer eigene Benennungsvorschläge unterbreite. Die Beratung solle zudem im Ältestenrat erfolgen.

Herr Waldschmidt befürwortet den Vertagungsantrag.

Herr Urbach teilt mit, dass eine Vertagung zeitlich möglich sei. Er bittet die Fraktionen, zukünftig Änderungswünsche frühzeitig mitzuteilen, damit diese den anderen Fraktionen rechtzeitig zugeleitet werden können.

Herr Mömkes erörtert, dass der Vorschlag der CDU bereits in der Vorschlagsliste für Straßenbezeichnungen enthalten sei. Nach seiner Kenntnis stünden zurzeit keine weiblichen Personen auf dieser Liste, die primär berücksichtigt werden könnten. Er stimmt dem Vertagungsantrag zu.

Herr Kamp spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus. Für die Vermarktung der Grundstücke sei eine Benennung vorteilhaft.

Herr Ziffus widerspricht den Ausführungen Herrn Mömkes. Die Vorschlagsliste inkludiere auch weibliche Personen, diese sollten priorisiert werden.

Herr Urbach kündigt an, dass der Namensvorschlag der CDU durch das Archiv geprüft werde. Das Ergebnis werde in der Vorlage für die nächste Sitzung dargestellt, damit jedes Ausschussmitglied einen Eindruck Pfarrer Hawigs erhalte. Zudem weist er darauf hin, dass weitere Namensvorschläge

rechtzeitig eingereicht werden sollten, damit auch diese im Vorfeld überprüft werden könnten. Er stellt den Vertagungsantrag Herrn Schütz' zur Abstimmung.

Der Vertagungsantrag wird einstimmig angenommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst damit einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage wird vertagt.

17. Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 5434 - Landschaftsverband
0283/2013

Herr Mömkes befürwortet den Alternativvorschlag der Verwaltung in der Vorlage und **beantragt, die Erschließungsstraße „Carl-Schurz-Weg“ zu nennen**. Örtlicher und politischer Bezug Schurz' zu Bensberg seien vorhanden. Natürlich könne auch der Name einer weiblichen Person ausgewählt werden, jedoch präferiere er aufgrund des örtlichen Bezugs Carl Schurz. Schurz engagierte sich in der 48er Revolution und später als Politiker in den USA.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die SPD ebenfalls den Vorschlag „Carl-Schurz-Weg“ bevorzuge. Die Bezeichnung „An der Oberförsterei“ passe nicht zu den örtlichen Gegebenheiten.

Herr Urbach erwidert, dass die Bezeichnung an die früher dort vorhandene Oberförsterei erinnern solle.

Herr Schütz zeigt sich erfreut über die Entscheidung der CDU, da er den Namensvorschlag Carl Schurz eingereicht habe. Dennoch solle das erforderliche Verfahren zu Straßenbenennungen eingehalten werden. **Er beantragt die Vertagung der Vorlage**. Zudem äußere er Bedenken zum Verwaltungsvorschlag, da die Figur des „Oberförsters“ in den 30er Jahren in einem Buch des Schriftstellers Ernst Jünger zur Darstellung Hitlers diene.

Herr Dr. Fischer führt aus, dass auch die FDP den Verwaltungsvorschlag nicht befürworte. Es bestehe die Möglichkeit, Straßen nach Partnerstädten zu benennen, vorausgesetzt, die Aussprache sei mit der deutschen identisch. Die englische Partnerstadt Runnymede erfülle die Kriterien der Richtlinien und er regt an, über diesen Vorschlag als Benennungsalternative nachzudenken.

Herr Zalfen erklärt, dass die SPD sich für die Benennung „Carl-Schurz-Weg“ und gegen eine Vertagung ausspreche. Die SPD präferiere einen „Platz der Städtepartnerschaften“ rund um den Bahnhof. Auf diesem könne ein Pfeiler mit den Entfernungen zu den einzelnen Partnerstädten aufgestellt werden. Es sei eine Ungleichbehandlung, wenn nun einzelne Städte zur Straßenbenennung herangezogen würden.

Herr Urbach verweist auf die in den Richtlinien aufgeführten Voraussetzungen für ausländische Namen. In England werde Runnymede anders ausgesprochen, als in Deutschland.

Die Idee eines „Platzes der Städtepartnerschaften“ sei auf Reisen aufgekommen. Auf diesem könne ein Pfeiler mit Schildern, die mit den Namen der Partnerstädte und deren Entfernung versehen seien und in die entsprechende Richtung zeigen, aufgestellt werden. Dies sei heute jedoch nicht Gegenstand der Entscheidung.

Herr Haasbach führt aus, dass die CDU sich darauf verständigt habe, beide Sachverhalte (TOP A 16 und TOP A 17) gleichwertig zu behandeln und somit für eine Vertagung stimme.

Herr Urbach stellt den Vertagungsantrag Herrn Schütz' zur Abstimmung.

Für den Vertagungsantrag stimmen CDU, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./ BfBB, Freie Wähler sowie ein Mitglied aus den Reihen der SPD bei zwei Enthaltungen aus den Reihen SPD.

Folglich fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der SPD folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage wird vertagt.

18. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Mömkes: Anfrage zu einer Baustelle in Refrath

Herr Mömkes führt aus, dass es eine Baustelle in Refrath auf der Straße „An der Wallburg“ gebe, die zu einer Vollsperrung führe. Dies führe zu starken Beeinträchtigungen für die Anwohner, da beispielsweise der Müll nicht mehr abgeholt, Pakete nicht mehr zugestellt werden. Laut Aussagen der Anwohner werde an der Baustelle tagelang nicht gearbeitet. Somit komme es zu großen Verzögerungen. Er bittet darum, dass sich die Verwaltung mit den betroffenen Baufirmen in Verbindung setze, damit die Baustelle abgeschlossen werden könne.

Herr Urbach antwortet, dass dem nachgegangen werde.

Herr Zalfen: Anfrage zu einem Bestechungsskandal

Herr Zalfen führt aus, dass zwischen dem 11.6.2013 und dem 18.06.2013 Zeitungsartikel zu Bestechungsskandalen insbesondere bei dem AWB Köln erschienen seien. Diese Artikel bezögen sich auf „Köln und Umgebung“. Er fragt, ob auch die Stadt Bergisch Gladbach von so einem Bestechungsskandal betroffen sei und Ermittlungen gegen die Stadtverwaltung bzw. einzelne Mitarbeiter geführt würden.

Herr Urbach verweist auf eine Beantwortung der Anfrage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Ziffus: Anfrage zu einer Wasserschutzzone

Herr Ziffus führt aus, dass 2027 die Genehmigung der Wasserschutzzone im Wasserwerk Refrath auslaufe. Dann sei zu erwarten, dass die Wasserschutzzone 3b bis an die Wasserscheide ausgedehnt werde. Mischwasserüberläufe am Saaler-Mühlen-See und am Frankenforstbach wären dann nicht mehr erlaubt. Zur Abhilfe könnte ein Entlastungskanal, der den Wasserüberlauf aufnehme, gebaut oder aber das Wasserwerk Refrath geschlossen werden.

Er fragt, ob der Verwaltung diese Problematik bekannt sei und welche Lösungsvorschläge die Stadtverwaltung für diese Problematik bereithalte.

Herr Urbach verweist auf die Zuständigkeitsordnung und bittet darum, solche speziellen Anfragen im zuständigen Fachausschuss zu stellen, da nicht in jedem Ausschuss alle Fachbereichsleitungen vertreten sein könnten.

Herr Ziffus erklärt, dass er somit diese Frage zur Beantwortung in der kommenden Ratssitzung einreiche.

Frau Schundau: Anfrage zum Markt in Refrath

Frau Schundau führt aus, dass die Zufahrt in den Marktbereich für Autos während des Marktes in Refrath verboten sei und dies auch durch Schilder kenntlich gemacht werde. Dennoch würden laufend Autos auf einem Bereich des Parkplatzes, auf dem der Markt stattfindet, parken. Sie fragt, ob eine Kontrolle möglich sei, um diese Marktbehinderung zu unterbinden.

Frau Unrau antwortet, dass der Markt in Refrath mit dem Ziel umgestaltet worden sei, dass eine Freifläche zum Parken geschaffen werde. Der Fehler begründe sich darin, dass anscheinend die entsprechenden Schilder noch nicht verstellt worden seien. Sie müssten ein Stück zurückgestellt werden, so dass die Parkfläche aus dem Zufahrtsverbot herausgenommen werde.

Herr Urbach sagt zu, dass die Beschilderung kontrolliert werde, damit sie nicht mehr im Widerspruch zum angestrebten Ziel stehe.

Herr Hoffstadt: Anfrage zur Hochwasserberatung

Herr Hoffstadt fragt, ob es eine individuelle Bürgerberatung zum Thema Hochwasserschutz gebe. Schwerpunkt sollte sein, welche Vorsorge privat getroffen werden könne. Er rechne mit einer umfassenden Aufarbeitung des Hochwassers städtischerseits.

Herr Urbach antwortet, dass diese Beratung nach dem letzten Hochwasser stattgefunden habe und nun wieder angeboten werde.

Herr Hoffstadt fragt, ob sich die Betroffenen dazu an das Abwasserwerk wenden können.

Herr Urbach stimmt dem zu.

Herr Kamp: Anfrage zur städtischen Feuerwehr

Herr Kamp fragt, ob es zutreffend sei, dass die städtische Feuerwehr Fahrzeuge auf dem Gelände der Metsä Board Zanders GmbH abstelle, da nicht genügend Platz auf dem eigenen Gelände vorhanden sei. Zudem fragt er, wie viele Fahrzeuge hiervon betroffen seien.

Er fragt, ob es einen Vergleich zwischen den Feuerwehren verschiedener Kommunen bezüglich ihrer Aufgabenbereiche und Ausstattung gebe.

Herr Urbach erklärt, dass der Brandschutzbedarfsplan Vergleichsdaten bereithalte. Bei den Fahrzeugen könne es sich auch um Einsatzwagen der Werksfeuerwehr der Metsä Board Zanders GmbH handeln. Seine Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Herr Buchen: Anfrage zur Finanzierung von Spielplätzen

Herr Buchen führt aus, dass in den vergangenen Jahren 45.000 € p.a. für die Sanierung von Spielplätzen zur Verfügung standen. Für den Doppelhaushalt 2012/2013 seien 100.000 € p.a. für die Sanierungen von Spielplätzen eingeplant worden. Für das Jahr 2012 wurde eine Lösung für die Bereitstellung gefunden und auch für 2014 seien 100.000 € in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant. Er fragt, welche Lösung es gebe, die 100.000 € zur Sanierung von Spielplätzen auch in 2013 bereitzustellen.

Herr Mumdey verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.01 Uhr.